

Vor der Sommerpause strich der Ratsausschuß für Allgemeine Verwaltung (mehrheitlich SPD und FDP) ohne große Diskussion rund 400 Stellen bei der Stadt. Mittlerweile wird um die Privatisierung des Reinigungspersonals gerangelt; ursprünglich eine CDU-Forderung, die nun auch von den anderen Parteien mit Wohlwollen betrachtet wird.

Es wird nicht bei den Streichungen bleiben, denn schon jetzt ist klar, daß der Haushalt für 1982 Deckungslücken aufweist, die täglich größer werden. Der Vorschlag aus den Reihen der SPD, den U-Bahnbau am Ring teilweise zu stoppen, ist genauso Ausdruck der städtischen Finanznot wie die Verfügung eines Asylantenstopps durch Oberstadtdirektor Rossa.

Warum ist die Stadt Pleite ?

Es sind nicht nur Renommierprojekte wie das Museum Ludwig, der Rheinaufertunnel oder die U-Bahn, die die Stadt in die Klemme bringen. Diese Bauten binden zwar große Finanzmassen und schränken den Spielraum der Verwaltung weiter ein, sie wurden aber in Gang gesetzt, als noch Geld da war.

Das, was sich jetzt in Köln abspielt, ist auch in anderen Großstädten zu beobachten und führt über kurz oder lang zur Pleite der Kommunen. Schon im Mai dieses Jahres wurden aus bürgerlicher Sicht die Probleme vom "Deutschen Städtetag" angesprochen:

"Kennzeichnend für die aktuelle Finanzsituation ist, daß der kommunale Anteil an der gesamten öffentlichen Finanzmasse sogar rückläufig ist. Neben einer unterdurchschnittlichen Steuereinnahmentwicklung ist hierfür die staatliche Zuweisungspolitik verantwortlich... Eine offene Reduzierung ihrer Verbundquoten im kommunalen Finanzausgleich haben nur zwei Länder vorgenommen (Hessen und Saarland). Andere Länder bedienen sich des Mittels der Befrachtung des Steuerverbunds, d.h. Zuweisungen, die bisher nicht aus Mitteln des Steuerverbunds, sondern aus anderen "Töpfen" des Landeshaushalts gewährt wurden, müssen nunmehr zu Lasten der Verbundmasse - also vor allem des jeweiligen landesspezifischen Anteils an den Gemeinschaftssteuern - finanziert werden. Damit verringern sich die verbleibenden Mittel im Steuerverbund, die den Kommunen über-

wiegend als nicht zweckgebundene Zuweisungen zur Verfügung stehen. Vom Ergebnis her kommt diese Vorgehensweise also faktisch einer Senkung der Verbundquote gleich."

Mittlerweile liegen erste Eckdaten für das kommende Jahr vor. Die Landesregierung NRW - also eine rein sozialdemokratische Regierung - veröffentlichte am 22.9.81 "Orientierungsdaten 1982 bis 1985 für die Finanzplanung der Gemeinden". Sie basieren auf Steuerschätzungen, die wegen der anhaltenden Krise Mitte dieses Jahres nach unten korrigiert wurden. Daraus werden mögliche Ausgabenveränderungen abgeleitet. Danach sinken im kommenden Jahr die Investitionen der Gemeinden um 2%, muß der sächliche Verwaltungsaufwand um 3% gekürzt werden und steigen die Ausgaben für Sozialhilfe um 5% an - alles unter der Voraussetzung, daß sich die Krise nicht verschärft und die Kommunen bereits jetzt Kürzungen vornehmen. Bei den Personalausgaben wird noch mit + 3,5% kalkuliert, angesichts einer Inflationsrate von fast 7% also Lohnleinbußen.

Durch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung ergeben sich allerdings weitere Belastungen für die Kommunen. Die "Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände" (Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund) erklärte am 30.9.81:

"Die Gemeinden wehren sich gegen eine Verlagerung von Ausgaben von einer öffentlichen Ebene auf eine andere. So belasten die Bonner Sparbeschlüsse auf dem Feld der sozialen Sicherung die örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger mit mindestens einer Milliarde Mark jährlich. Und das, obwohl Sozialhilfeleistungen im vergangenen Jahrzehnt überproportional gestiegen seien (von 3,3 Milliarden Mark 1970 auf etwa 15 Milliarden Mark 1981). Allein schon die Kostendämpfung im Krankenhausbereich ziehe Kostenüberwälzungen auf die Kommunen von weit mehr als einer Milliarde Mark nach sich. Andererseits wird die vom Bund mit gut einer halben Milliarde Mark bezifferte Entlastung der Gemeindehaushalte 1982 durch Einsparungen im öffentlichen Dienst auf allenfalls 200 bis 230 Millionen Mark veranschlagt. Vor allem sei der Ausgong der nächsten Tarifrunde abzuwarten, da die Gemeinden überwiegend Angestellte und Arbeiter beschäftigten. Ähnlich wie die Länder kritisieren auch die Gemeinden die Versäumnisse

beim Asylverfahren. Überwiegend handele es sich um "Wirtschaftsflüchtlinge". Die Kriminalität in der Asylbewerber-szene nehme zu." (Welt vom 1.10.81)

Daran wird deutlich, daß es zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen - Bund, Länder, Gemeinden - Auseinandersetzungen darüber gibt, wie die Haushaltsdefizite beseitigt werden können. Zu besseren Zeiten wurden im Vertrauen auf die Zukunft Wechsel gezogen, die jetzt zu platzen beginnen. Und damit sie nicht zu-erst beim Bund platzen, versucht dieser, möglichst viel auf die Länder abzuschieben, die wiederum nichts eiligeres zu tun haben, als den Gemeinden Lasten weiterzugeben. Den letzten beißen die Hunde. Da gleichzeitig die örtlichen Gemeindesteuern sinken (z.B. durch Pleiten oder geringere Abgaben der Großbetriebe wie Ford), wird der Zwang zu einschneidenden Kürzungen stärker.

Gegenwehr und ihre Grenzen

Markige Worte fielen seitens der ÖTV auf der Protestveranstaltung der städtischen Beschäftigten am 2. Juli 81 im Gürzenich. Etwa 1300 waren gekommen - ein voller Erfolg der Mobilisierung. Vorher hatten einige Gewerkschaftssekretäre Sorgen, daß man den Raum vielleicht nur halb voll kriege. Die Stimmung war so, daß nur ein kleiner Anstoß nötig war, um einen großen Teil der versammelten Kolleginnen und Kollegen zu einem spontanen Protestzug zum Rathaus zu bewegen. Abgesehen davon, daß dort die Gitter runtergelassen wurden und sich die Menge nach und nach verlief, war die Bereitschaft zu spüren, dabei nicht stehenzubleiben.

Auch der Protest von etwa 700 Kindern, Erzieherinnen und Eltern gegen die Einsparung von Stellen im Erzieherbereich drückte ein paar Tage später erste Gegenwehr aus.

Während der SPD-Parteitag außer Geklapper um das "soziale Netz" nicht nur die Betroffenen nicht unterstützte, sondern auch mit Mehrheit die Ratsbeschlüsse billigte, sorgte unser DGB-Kreisvorsitzender, Kollege Blumenberg, im Rat mit seiner Stimme für die Streichungen. (gewerkschaftsschädigendes Verhalten nennt man das).

Immerhin wurde in der ÖTV-Kreisverwaltung darüber diskutiert, wie es denn nun weitergehen könne. Man war sich klar darüber, daß nur eine breite Arbeitsniederlegung der städtischen Beschäftigten den nötigen Druck zur Zurücknahme des Beschlusses erzeu-

gen könnte. Das hieß aber, außerhalb der Tarifrunden anzutreten, also den politischen Streik zu führen. Ohne Rückendeckung "von oben" war die Kreisverwaltung dazu nicht bereit.

Weiter rächte sich, daß es bei der Stadt 13 verschiedene Vertrauensleutkörper gibt, die untereinander keinen Kontakt haben. So konnten die Reibereien der einzelnen Bereiche untereinander nicht abgebaut werden; Müllabfuhr und KVB allein wollten auch nicht die Kastanien aus dem Feuer holen, zumal sie am wenigsten betroffen waren. Ganz abgesehen davon, daß niemand auf die Idee kam, mit den Elternräten der Kindergärten oder den protestierenden Rollstuhlfahrern, die sich gegen den Einstellungsstopp bei den Krankenanstalten wendeten.

Nachdem die ÖTV-Kreisverwaltung als organisierender Faktor ausfiel, war die Luft raus. Der Widerstand zerbröckelte, weil es keine Kraft gab, die die aktiven Kolleginnen und Kollegen an einen Tisch brachte. Die Urlaubszeit gab der Sache den Rest. Ohne Herstellung von Verbindungen aller städtischen Vertrauensleutkörper wird es beim nächsten Mal nicht anders sein. Und das nächste Mal ist bald: die Privatisierung der Reinigungsdienste konnte vom Gesamtpersonalrat der Stadt Köln nur durch das Angebot einer Leistungssteigerung von 10% und den Vorschlag, einen unabhängigen Gutachter zu bestellen, hinausgezögert werden. Die Schließung von zwei Bücherei-Zweigstellen und die Schließung der Wälder für einen Tag pro Woche stehen auch auf der Tagesordnung.